



⇒ Frank Nullmeier

## Die konfessionellen Quellen des Sozialstaates. Karl Gabriel und Hans-Richard Reuter gelingt ein Musterstück historischer Semantik

Es ist ein Buch anzukündigen, das nur großartig genannt werden kann. Den Herausgebern Karl Gabriel und Hans-Richard Reuter und neun weiteren Autoren (darunter eine Autorin) ist die bisher umfassendste Darstellung der religiös-konfessionell geprägten Semantik des deutschen Sozialstaates von dessen Anfängen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis in die unmittelbare Gegenwart gelungen. In insgesamt 17 Einzelartikeln sowie Einführung und Zusammenfassung durch die beiden Herausgeber wird ein Gesamtbild der begrifflichen Fassung sozialpolitischer Interventionen sowie der Kritik und Rechtfertigung des Wohlfahrtsstaates durch protestantische und katholische Akteure in einer Dichte und Genauigkeit geliefert – ohne sich in historischem Detailwissen gänzlich zu verlieren, das schlicht Bewunderung verdient.

Die Analyse der aktuellen und historischen Semantik des Sozialstaates hat in den letzten Jahren vielfältige neue Impulse erhalten: durch verbesserte Methoden der Textanalyse, durch eine Sozialpolitikanalyse, die auch die Rolle der Ideen anerkennt, durch vergleichende Analysen der Begriffsentwicklung von Sozialpolitik – so insbesondere der von Daniel Béland und Klaus Petersen herausgegebene Band zu *Social Policy Concepts and Language* (Béland/Petersen 2014; vgl. dazu Nullmeier 2016) und die Vorgängerstudie der beiden Herausgeber zur *Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa* (Gabriel/Kurschat/Leibold/Reuter 2013). Aber eine derartig genaue und vergleichende Beschreibung der semantischen Wege zweier Konfessionen in einem Land über einen 150-jährigen Zeitraum erreicht eine ganz neue Stufe der Forschung.

Die Analyse von Wertbegriffen bildet meist das Zentrum von Semantikanalysen zur Sozialpolitik. Die Herausgeber haben sich jedoch entschieden, den Wertsemantiken, der Analyse von Gerechtigkeit, Solidarität, Subsidi-

---

**Karl Gabriel / Hans-Richard Reuter (Hg.) (2017):** Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland. Konfessionen – Semantiken – Diskurse, Tübingen: Mohr Siebeck. 508 S., ISBN 978-3-16-151718-1, EUR 124,00.

---

**DOI: [10.18156/eug-1-2018-rez-5](https://doi.org/10.18156/eug-1-2018-rez-5)**

diarität, Verantwortung und Sicherheit, die Untersuchung institutioneller Semantiken vorzuschalten. Hier werden die Begriffe Staat, Wirtschaft, Arbeit, Armut und Familie untersucht. Auch wenn die Bezeichnung ›institutionell‹ vielleicht nicht auf alle fünf Bereiche gleichermaßen zutrifft (insbesondere bei Armut dürfte dies fraglich sein), ist die Kombination aus Bereichssemantik und Wertsemantik hochgradig zielführend. Wie Staatlichkeit verstanden wird und welche Aufgaben dem Staat zugeschrieben werden, ist ähnlich fundamental für die Entwicklung des sozialen Sicherungssystems wie die Auffassung von Arbeit und Wirtschaft. Der produktivistische, erwerbsarbeitszentrierte Sozialstaat Deutschlands erwächst aus einer spezifischen Kombination von Staatsbegriff, Arbeits- und Berufsethik sowie der Legitimation einer regulierten Marktwirtschaft. Diese Anordnung wird spezifiziert durch Wertbegriffe wie Subsidiarität oder Verantwortung. Die spannende Frage, ob institutionelle oder Wertsemantiken die Position religiöser Akteure stärker bestimmen, wird zwar nicht gestellt, die Anordnung der Beiträge – die institutionellen Semantiken bilden den ersten Teil des Bandes – lässt aber zumindest darauf schließen, dass es einfacher sein könnte, die Position religiöser Akteure zunächst über die Bereichsbegrifflichkeiten zu verstehen.

Jeder Begriff wird in zwei Beiträgen, je einem zur Entwicklung im Protestantismus und im Katholizismus, in seinem Bedeutungsgehalt und seinen historischen Wandlungen vorgestellt. Dies gilt jedoch nicht für die Wertbegriffe Subsidiarität und Solidarität, die allein aus katholischer Perspektive betrachtet werden, und auch nicht für den Verantwortungsbegriff als dessen Pendant, der allein von Seiten der evangelischen Sozialethik betrachtet wird.

Im Schlusskapitel wagen *Karl Gabriel* und *Hans-Richard Reuter* eine Gesamtdeutung der Semantik des deutschen korporatistischen Sozialstaates in seiner konfessionellen Prägung. In radikaler Zuspitzung der detaillierten Befunde des Bandes stellen sie zwei und eine halbe Tradition in den Vordergrund: Die erste Linie bildet die lutherische Zuweisung der Sorge für die soziale Ordnung an den Staat; verbunden mit Luthers Berufsidee, die nahtlos in das Konzept der Erwerbsarbeitszentrierung von Sozialpolitik überführt werden konnte. Die Staatszentrierung, die überhaupt den Übergang von kirchlicher Armenfürsorge in öffentliche Sozialpolitik ermöglichte, ist daher dem Protestantismus zuzurechnen. Der Sozialkatholizismus hat mit dem Begriffspaar Solidarität und Subsidiarität seine Sozialstaatsorientierung immer auf dem Staat vorausgehende soziale Formen der Selbstregulierung aufbauen lassen und damit dem Staat stärker Grenzen setzen wollen, aber gerade nicht im Sinne eines Freiraums für Markt-

beziehungen. Berufsständische Sonderungen konnten als Solidaritätsformen ebenso gerechtfertigt werden wie die Existenz einer von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen bestimmten Sphäre der Armut- und sozialen Dienstleistungspolitik. Ein solch staatsbegrenzender Charakter christlichen Denkens findet sich auch in pietistischen und liberalen Nebenlinien im Protestantismus, die dem Staat nur eine ordnende Aufgabe zuweisen, Markt und Zivilgesellschaft aber Vorrang einräumen.

Die beiden Hauptlinien samt protestantischer Nebenlinie nehmen in den 140 Jahren deutscher Sozialstaatlichkeit eine durchaus veränderliche Stellung ein. In der Gründungsphase der deutschen Sozialstaatlichkeit bis zum Beginn der Weimarer Republik dominiert die lutherische Linie, repräsentiert im Kathedersozialismus. Ihr ist es zuzuschreiben, dass sich mit den Sozialversicherungen ein besonderes Institut zur Absicherung sozialer Risiken politisch etablieren konnte. Mit der Weimarer Republik geht die Führungsrolle auf den Sozialkatholizismus über. Dies zeigt sich nicht nur in der Führung des Reichsarbeitsministeriums durch Zentrumsolitiker, sondern auch in der Etablierung eines eigenständigen sozialen Dienstleistungssektors und damit der Institutionalisierung von Subsidiarität im Inneren des deutschen Sozialstaates. Nach dem Zweiten Weltkrieg kommt es schließlich nach Auseinandersetzungen um das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft – das auch als Abwehrinstrument gegen die von den Besatzungsmächten propagierte Beveridge-Linie von *Social Security* und *Welfare State* fungiert – zu einem konfessionellen Kompromiss, der Staatsauftrag und Staatsbegrenzung verbindet. Die letzte und vierte Phase seit den 1970er Jahren ist von einer doppelten Defensive geprägt. Die Kirchen müssen ihre Position als gesellschaftliche Kraft verteidigen und den Sozialstaat bei Kürzungs-, Abbau- und Umbauprozessen begleiten. Im *Gemeinsamen Sozialwort* von 1997 wird die in Kernfragen konsensuelle Linie der beiden Kirchen aber so weit befestigt, dass die neoliberalen Politiken und Rhetoriken später zwar durchaus Wirkung zeigen, aber die tradierte kirchliche Unterstützung des Sozialversicherungsstaates nicht aufbrechen können. In der Auffassung von Ehe, Familie und Geschlecht zeigen sich in beiden Kirchen auffällige Verschiebungen: Im Katholizismus weichen naturrechtliche Argumentationen menschenrechtlichen Begründungen und im Staatlichkeitskonzept des Protestantismus dominiert nun die Dimension von Demokratie und Partizipation. Zunehmend spielt auch die Begrifflichkeit der internationalen Gerechtigkeitsdiskussion von John Rawls bis Amartya Sen eine prägende Rolle. Teilhabegerechtig-

keit übernimmt dabei die Funktion eines neuen Konsensbegriffes, der die Strömungen zu vereinen vermag.

Die einzelnen Beiträge zu den institutionellen und Wertsemantiken gehen weit über diese große Linie hinaus und schildern die Wege protestantischen und katholischen Denkens in seiner gesamten Breite und Vielfalt. Die Beiträge greifen dabei neben Enzykliken und Denkschriften, theologischen Publikationen, sozialpolitischen Stellungnahmen der Deutschen Bischofskonferenz sowie der EKD und Schriften der Sozialethiker beider Konfessionen auch auf Lexika-Artikel zurück. So werden die verschiedenen Auflagen des *Staatslexikons* der Görres-Gesellschaft, des inzwischen eingestellten *Großen Herder*, des *Lexikons für Theologie und Kirche*, des *Evangelischen Staatslexikons* und des *Evangelischen Soziallexikons* herangezogen. Die Autoren analysieren zwar nicht einen für alle Beiträge gleichermaßen zusammengestellten Textkorpus, aber es wiederholen sich Muster einer mehr oder minder stark auf Lexikaeinträge, größere Einzelpublikationen oder kirchliche Schriften zentrierten Analyse. Eine Methodologie der Semantikanalyse – in der Einleitung sind Kosellecks Unternehmen der *Geschichtlichen Grundbegriffe*, Luhmanns systemtheoretisch angeleitete Semantikanalyse, die neuere Wissenssoziologie in der Tradition von Berger und Luckmann sowie die eher Foucault folgende historische Diskursanalyse als mögliche Leitlinien erläutert – ist den Beiträgen nicht vorgeordnet. Letztlich wird die Darstellungsweise in den Einzelartikeln dominiert von der Erzählung begrifflichen Wandels und divergierender Positionen, also vom Konflikt der Begriffe, Interpretationen und Wertungen zur Sozialpolitik.

Großartig ist dieser Band, weil er zu allen Begriffen jeweils die Entwicklungsgeschichte im Protestantismus und im Katholizismus über alle Phasen der Sozialstaatsentwicklung hinweg detailliert vorstellt. Das Bild der Konfessionen ist in der Sozialpolitikforschung zu Deutschland oft nur geprägt von den Enzykliken *Rerum novarum* (Leo XIII., 1891) und *Quadragesimo Anno* (Pius XI., 1931) sowie auf protestantischer Seite vom Anteil an der Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft als Konzept, und vielleicht einigen Denkschriften der EKD. Diese höchst vereinfachende und verdichtende Sicht wird in diesem Band aufgebrochen. Wer den Artikel von *Hermann-Josef Große Kracht* zum Staat liest, erfährt, dass sich im Katholizismus recht früh eine positive Wertung des Begriffs Wohlfahrtsstaat in Gegenüberstellung zum Versorgungsstaat als sozialistischer Konzeption entwickeln konnte, während im – letztlich immer etwas wirtschaftsliberaler agierenden – Protestantismus Wohlfahrts- und (Total-)Versorgungsstaat gleichermaßen als Negativbegriffe wirkten. *Torsten*

*Meireis* kann im Artikel zum protestantischen Staatsverständnis die hohe Zeit des Kathedersozialismus eines Adolph Wagner und die Rolle Theodor Lohmanns in der Entwicklung der Sozialversicherungen als lutherisch geprägte Wendung zur Staatsintervention in der sozialen Frage vor dem Ersten Weltkrieg vorstellen, muss dann aber die wenig konturierte Haltung des Protestantismus zum Sozialstaat in der Weimarer Republik konstatieren. *Karl Gabriels* Analyse zum Bereich Wirtschaft umfasst nicht nur eine Geschichte der Semantik von Marktwirtschaft und Kapitalismus, sondern weist auf einzelne herausragende Versuche der Organisierung sozialetischer Positionsbestimmung hin. So wird aus der Diskursgeschichte eine Vernetzungs- und Intellektuellenkreisanalyse. Das Gesellschaftsideal der Berufsständischen Ordnung als Spezifikum des Sozialkatholizismus wird beginnend mit den Konzeptionen des Freiherrn Karl von Vogelsang über Othmar Spanns Schriften bis zur Aufnahme in die offiziellen kirchlichen Schriften ebenso beschrieben wie das nur langsame Verblässen dieser Idee nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei werden die Übergänge zu den Konzepten, die aus der Zusammenarbeit von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften erwachsen, ebenso sichtbar wie die zu faschistischen Gesellschaftsmodellen. Dass Soziale Partnerschaft eine zentrale sozialetische Begrifflichkeit der frühen Bundesrepublik war, aber in den Denkschriften der EKD vom Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft gänzlich abgelöst worden ist, erfährt man aus dem Beitrag von *Traugott Jähnichen* zur Wirtschaft.

Hier wie an anderer Stelle wird deutlich, dass das gemeinsame Wirtschafts- und Sozialwort der beiden großen Kirchen *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit* aus dem Jahre 1997 einen Höhepunkt der Annäherung zwischen den Kirchen, aber auch der sozialetischen Positionen innerhalb der einzelnen Kirchen darstellte. Die Schrift der Deutschen Bischofskonferenz von 2003 *Das Soziale neu denken* und die Denkschrift der EKD *Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive* aus dem Jahre 2008 bilden vielleicht die stärkste Annäherung an eine wirtschaftsliberale Denkrichtung – durchaus konkurrenziert von anderen kirchlichen Dokumenten aus demselben Jahrzehnt, die über die Begriffe von Teilhabe und Teilhabegerechtigkeit eine stärker sozialstaatsfreundliche Position beziehen.

Angesichts der heutigen Bedeutung der Gerechtigkeitsfrage mag vielleicht überraschen, dass der Begriff der sozialen Gerechtigkeit, wie wohl in der katholischen Soziallehre geprägt, erst seit den 1970er Jahren eine größere Rolle in den sozialpolitischen Stellungnahmen beider Kirchen spielt – allerdings nicht anders als in der allgemeinen politischen Öffentlichkeit. Die protestantische Ethik konzentrierte sich

lange Zeit auf den Liebes- und Hilfebegriff, erst seit Emil Brunners Werk *Gerechtigkeit. Eine Lehre von den Grundgesetzen der Gesellschaftsordnung* (1943) findet sich eine theologische Durchdringung des Gerechtigkeitsbegriffs, allerdings bei sozialpolitischer Entschärfung von Rechtfertigungslehre und Nächstenliebe-Postulat. Als die Gerechtigkeitsterminologie nach 1970 in den Denkschriften der Kammer für soziale Ordnung der EKD stärker in den Vordergrund rückt, folgt sie eher den Linien der rawlsschen und post-rawlsschen politischen Philosophie als eigenständigen theologischen Verständigungsversuchen. Der theologisch weit ausgearbeitete Versuch von Peter Dabrock, mit dem Terminus Befähigungsgerechtigkeit eine Übersetzung des *Capability Approach* von Amartya Sen und Martha Nussbaum zu etablieren, bleibt nach kurzer innerkirchlicher Rezeption durch den Ratsvorsitzenden der EKD in der eigenen Kirche wie in der politischen Sphäre weitgehend wirkungslos. Ebenso wenig erfolgreich war in der Nachkriegszeit auch der Versuch, den Begriff der Verantworteten Gesellschaft als Markenzeichen des Protestantismus zu verankern. Erneute Aufnahmen des Verantwortungsdiskurses näherten sich, so ein weiterer Beitrag von *Hans-Richard Reuter*, einem forcierten wirtschaftsliberalen Diskurs mit dem Lob der Eigenverantwortung oder dessen Einbettung in Konzepte eines aktivierenden Sozialstaates.

Weitere institutionelle und Wertsemantiken werden in Beiträgen von *Andreas Kurschat* (Armut – Protestantismus), *Stefan Leibold* (Armut – Katholizismus), *Michael N. Ebertz* (Familie – Katholizismus) und *Christian Spieß* (Gerechtigkeit – Katholizismus) umfassend und in bemerkenswerter Klarheit vorgestellt. Zu kurz kommt allerdings die Behandlung der Geschlechterthematik in diesem Sammelband. Geschlecht ist nur als eine Art Nebenkategorie im Bereichsthema Familie präsent. Und just der Artikel zur protestantischen Familiensemantik ist der einzige Artikel, der von einer Frau, der Sozialethikerin *Sabine Plonz*, verfasst ist. Alle Fragen der Rolle von Ehe und Zusammenleben, Kindern und Eltern, der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und der Gleichberechtigung von Frauen, Männern und dritten Geschlechtern in einen einzigen Artikel zusammenzufassen, kann nicht der heutigen Bedeutung dieser Themenkomplexe entsprechen. Die genaue Darlegung und Beschreibung des Wandels der Semantiken ist die überragende Stärke dieses Buches. Wo nach dem Anteil der religiösen Akteure an der Entwicklung und dem Bestand der wohlfahrtsstaatlichen Semantik gefragt wird, kann nur noch eine Teilantwort gegeben werden, da bestimmte, konfessionell besetzte Begriffe von religiösen Akteuren ausgehend ihren Weg in die sozialstaat-

liche Semantik gefunden haben, auch wenn sich ihre Interpretation und Bindung an religiöse Quellen später verändert oder gar verloren hat. Eine differentielle Bestimmung von Anteilen ist aber nicht möglich, da die semantischen Strategien anderer Akteure bisher nicht in ähnlich vorbildlicher Weise aufgearbeitet worden sind. So ist im Fall des Wertbegriffs Solidarität sicherlich auch die semantische Passfähigkeit zwischen Sozialkatholizismus und Arbeiterbewegung zu erfassen, eine Zurechnung des Terminus nur zu einer Seite wird sich nicht verteidigen lassen. Wenn vereinzelt ein Erklärungsanspruch dergestalt erhoben wird, dass aus der Prägung einer Semantik auf die Mitgestaltung der Entwicklung des Sozialstaates geschlossen werden könne, überschreitet dies die Möglichkeiten auch einer solch umfassenden Semantikanalyse. So kann die These, dass die religiös mitgeprägte Tiefengrammatik dem deutschen Wohlfahrtsstaat Pfad und Richtung gewiesen habe, nicht wirklich belegt werden. Dazu bedürfte es der Verbindung von Semantikanalyse und Analyse vieler einzelner sozialpolitischer Entscheidungsprozesse. Zwar verstärkt sich im Verlauf der Lektüre des Buches der Eindruck, dass religiöse Akteure intensive intellektuelle Begleiter und Beförderer des sozialpolitischen Geschehens gewesen sind und auch als politische Akteure wirksam waren. Aber die Grenzen des Unternehmens einer historischen Semantikanalyse sind anzuerkennen, die Analyse kann nicht zum (eher politisch wichtigen) Beleg der Relevanz religiöser Akteure umgemünzt werden. Es muss noch offenbleiben, in welchem Maße die kirchlichen und theologischen Stellungnahmen die sozialpolitischen Entscheidungen bestimmt haben. Die Kausalfrage ist im Feld des Diskursiven zudem nur schwer zu beantworten. Man kann sicherlich Einflüsse und Netzwerke aufzeigen, doch die Effekte eines gemeinsamen diskursiven Raums, in dem sich viele andere Akteure neben den religiösen bewegen, sind nur schwer abzuschätzen.

Die dichte Beschreibung semantischer Linien in den beiden Konfessionen ist ein ganz zentraler Beitrag zum Verständnis der Gesamtgeschichte deutscher Sozialstaatlichkeit – aber diese erst wird die Frage nach Anteilen bestimmter Akteure beantworten können. Insofern muss auch die Rede von der Tiefengrammatik vorsichtig betrachtet werden. Eine solche Grammatik des Sozialstaates, die der Quellgrund aller einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen und Entwicklungswege sein müsste, wäre nur zu entschlüsseln, wenn der gesamte semantische Raum vermessen worden wäre, also auch die Beiträge der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, der christlich weniger gebundenen Parteien, der Experten und der sozialen Bewegungen. Ansonsten liefe es doch auf die Behauptung hinaus, in der religiös-

konfessionellen Semantik sei der Kern des sozialpolitischen Geschehens bereits angelegt. Aber das erschiene dann doch als Überinterpretation des ausgebreiteten Materials.

Nimmt man eine stärker wertend-zeitdiagnostische Haltung ein statt der historisch-beschreibenden des Buches, so fällt auf, dass die Innovationskraft der beiden Konfessionen auf dem Felde sozialpolitischer Semantik im historischen Verlauf eher abnimmt. Während Sozialstaatlichkeit als Konzept jenseits von Marktliberalismus und sozialistischer Planwirtschaft klar erkennbare religiös-konfessionelle Wurzeln hatte, die berufsständische Idee immer eine mitlaufende Rolle in der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik spielte, die Begrifflichkeiten von Solidarität und Subsidiarität höchst erfolgreich zu Ankerpunkten der politischen Semantik wurden und auch das Nachkriegskonzept der Sozialen Marktwirtschaft sich aus konfessionellen Quellen speiste, gilt dies für die neuen Wertbegriffe der Sozialpolitik wie Inklusion, Nachhaltigkeit und Befähigungen (*capabilities*) nicht. Debatten über die zukünftige Gestalt einer Wirtschaftsordnung in einer Welt von Digitalisierung und Globalisierung, Klimakrisen und wachsender sozialer Ungleichheit werden auch in den Kirchen ganz überwiegend unter Bezugnahme auf das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft geführt. Die erfolgreiche Defensivarbeit gegen eine wirtschaftsliberale Reformpolitik der Zurückdrängung des Sozialstaates hat die Wahrung des *Status quo* des deutschen Sozialstaates zur Maxime werden lassen. Dies scheint allerdings eine Richtschnur zu sein, die neue Impulse nicht begünstigt. Die beiden christlichen Konfessionen sind in den letzten Jahren sicher geschwächt worden, andererseits ist das Thema Religion und Religiosität zu neuer Prominenz gelangt. Diese diskursive Stärkung ist auf dem Felde der Sozialpolitik aber bisher nicht genutzt worden. Eine sozialwissenschaftlich und sozialphilosophisch informierte, aber eigenständige religiös-konfessionelle Semantik zum Wohlfahrtsstaat hat sich in den letzten Jahren nicht entwickelt, die Partizipation an den akademischen und politischen Diskursen bei Übernahme der jeweiligen begrifflichen Neuigkeiten ist zur dominierenden Realität geworden. Der Band von Gabriel und Reuter kann Anregungen liefern, wie intervenierend, wie eindrucksvoll und wie quer zum Zeitgeist angelegt konfessionelle Beiträge zur sozialen und politischen Ordnung sein können.

Abschließend nochmals in einer etwas anderen Akzentuierung: Dieses Buch ist das ausführlichste deutschsprachige Werk, das zur Entwicklung der Wertsemantik eines Politikfeldes oder einer Charakteristik des Staates vorgelegt worden ist. Die Fähigkeit, einen derart kohärenten Sammelband vorzulegen und Autoren zusammenzuführen, die

sich dem gemeinsamen Thema auf derart systematische und konzentrierte Weise widmen, kann nur aufs Höchste gelobt werden.

## ⇒ Literaturverzeichnis

Béland, Daniel / Petersen, Klaus (Hg.) (2015): *Analysing Social Policy Concepts and Language. Comparative and Transnational Perspectives*. Bristol/Chicago: Policy Press.

Nullmeier, Frank (2016): Rezension: Daniel Béland / Klaus Petersen: *Analysing Social Policy Concepts and Language*, in: *Ethik und Gesellschaft* 2/2016, Online: [http://www.ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/article/view/2-2016\\_Rez\\_1](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/article/view/2-2016_Rez_1).

Gabriel, Karl / Kurschat, Andreas / Leibold, Stefan / Reuter, Hans-Richard (Hg.) (2013): *Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa. Konstellationen – Kulturen – Konflikte*, Tübingen: Mohr Siebeck.

---

Frank Nullmeier, \*1957, Prof. Dr. rer. pol., Leiter der Abteilung ›Theoretische und normative Grundlagen‹, SOCIUM – Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Universität Bremen ([frank.nullmeier@uni-bremen.de](mailto:frank.nullmeier@uni-bremen.de)).

---

---

**Zitationsvorschlag:**

Nullmeier, Frank (2018): Rezension: Die konfessionellen Quellen des Sozialstaates. Karl Gabriel und Hans-Richard Reuter gelingt ein Musterstück historischer Semantik. (Ethik und Gesellschaft 1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«). Download unter:  
<https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2018-rez-5> (Zugriff am [Datum]).

---



**ethikundgesellschaft**  
**ökumenische zeitschrift für sozialethik**

**1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«**

Christoph Deutschmann

Die Marx'sche Klassentheorie – oft totgesagt, aktueller denn je

Peter Bescherer

Deklassiert und korruptiert: Das Lumpenproletariat als Grenzbegriff der politischen Theorie und Klassenanalyse von Marx und Engels

Christian Grabau

Gleichheit und Gleichgültigkeit

Matthias Möhring-Hesse

Gerechtigkeit ermöglichen. Politische Ethik und materialistische Gesellschaftsanalyse

Markus Rieger-Ladich

Mundgeruch und Achselschweiß. Ideologiekritik nach Marx

Bruno Kern

Karl Marx im Zeitalter der Ökologie

Andreas Mayert

Marx, Ökomarxismus und Postwachstumstheorie

Philipp Geitzhaus

Karl Marx begrüßt die Politische Theologie. Zur Kritik der neuesten politischen Theologie